

Für Halle vierteljährlich bei postmässiger Aufstellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ansehnliche Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Am amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter 'Saale-Zeitung' eingetragen. Für unterlangt eingehende Warnungsbriefe wird keine Gewähr übernommen. 'Saale-Zeitung' mit Anzeigenabgabe: 'Saale-Zeitung' gefaltet.

Verleger: Dr. Richard Br. 1140; Dr. Abonnement-Abteilung Nr. 1133.

Saale-Beitung.

Zweihundertvierzigster Jahrgang.

Werden die Spaltenpreise oder deren Raum mit 30 Pfg., solche mit Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Str. Ulrichstr. 68, sowie von unseren Sammelbüchern und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Bekanntes die Zeile 75 Pfg. für Halle und auswärts 1 Mtl. Erhebt täglich einmal, Sonntags und Feiertags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Str. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Str. Ulrichstr. 68, I.; Telefon Nr. 591 u. 176.

Wohin steuern wir?

Die Thronrede, mit der gestern im Kgl. Schlosse der preussischen Regierung die, erlauchten, ehlen und geehrten Herren von beiden Häusern des Reichstags begrüßt worden sind, stellt in ihrer Kürzlichkeit und Inhaltlosigkeit, in ihrem ängstlichen Ausweichen jeder Stellungnahme und in ihrer trockenen bürokratischen Aufzählung der der Erledigung harrenden Aufgaben — ein Pendant zu Bethmann Hollweges programmloser, 'Programmrede' im Deutschen Reichstage dar. — Der preussische Ministerpräsident ist sich ebenso wie der deutsche Reichstagskanzler in seinem dunklen Drango des rechten Weges noch nicht bewußt. Wir erfahren, was wir in jeder kleinen Zeitung vor Wochen schon lesen konnten, daß die Staatsfinanzen sich langsam bessern und daß die logische Forderung dieser Besserung die Ermäßigung des für das laufende Etatsjahr veranschlagten Fehlbetrages ist. Daß von der Eisenbahnverwaltung bei ihren stark gestiegenen — Selbstkosten, deren Erhöhung hauptsächlich doch nur auf Bürokratie und untaugmännische Verwaltung zurückzuführen ist, auch für 1910 kein so hoher Zuschuß zu den allgemeinen Staatsausgaben erwartet werden kann, das konnte man, mehr oder minder distinkt angedeutet, vor längerer Zeit bereits bei Viktor Schweinburg lesen, in dessen, 'Korrespondenz' auch das in der Thronrede zitierte Geheiß des Fehlbetrages gleich der weisen Frau wiederholt auftaucht. —

Was sonst noch in homöopathischen Dosen neues in der Thronrede erzählt wird, z. B. von der Förderung der inneren Kolonisation, der 'fortgesetzte die größte Aufmerksamkeit zugewendet wird', geht über die üblichen unerbittlichen Versicherungen nicht hinaus.

Allgemein enttäuscht hat der Passus, der die — endlich — dem Abschluß nahe Vorarbeiten für eine Reform des Wahlrechts signalisiert. — Der Lapidarstil, mit dem diese wichtigsten aller innerpolitischen Fragen behandelt wird, zeigt davon, mit welcher Unlust man in Regierungskreisen dieses schakelige Thema behandelt. Die Wahlen sind den Fez, aber man mag ihn nicht nahe Politik der jetzigen Ära spiegelt sich in diesen drei Sätzen Thronrede deutlich wieder. Einen bösen Reinsfall haben die Blätter erkiffen, die, wie die 'Tägl. Rundschau', in den letzten Tagen allerlei Andeutungen zu machen wußten über das, was in der Thronrede über die Wahlreform gesagt werden sollte. Noch vor drei Tagen schrieb ein Berliner Blatt, daß die Wahlrechtsvorlage der Regierung in der Thronrede zur Eröffnung des preussischen Landtags in ihren wesentlichen Bestandteilen skizziert werde. Die Zugeständnisse seien mit der Einführung der direkten Wahl und einer bedingten Verbindung von Dreiklassen- und Muralwahlssystem im wesentlichen erschöpft. —

Nach Tisch las man's anders! Nicht einmal eine Skizze der Reform, lediglich eine Kapitelüberschrift, unter der sich jeder das denken kann, was ihm beliebt. —

Wohin feuern wir unter diesem Kurs! Aufschneidend immer weiter hinaus ins — rote Meer! —

zur Eröffnung des Reichstags und wird in der Öffentlichkeit auch die gleiche Beurteilung erfahren wie jene. Der neue Reichstagskanzler und Ministerpräsident verleugnet sich hier so wenig wie dort.

'Politische Zeitung': 'Überall dort, wo man noch ermartet hatte, Herr v. Bethmann Hollweg werde dem Liberalismus nicht geringeres Entgegenkommen beweisen als sein Vorgänger, wird die heutige Thronrede wie eine gründliche Enttäuschung wirken.'

'Berliner Börsen-Courier': 'Ohne eine scharfe parteipolitische Stellungnahme ist die Behandlung der Wahlrechtsfrage nicht möglich. Einem so unerträglichen, moralisch wie politisch so angreifbaren Wahlsrecht gegenüber wie dem jetzt noch bestehenden — da ist nur ein lebensfähiger Ansturm am Platze. Da wird auch der 'philosophische' Ministerpräsident aus seiner Ruhe herausgetrieben und offen bekennen müssen, wohin er gehören will: zur Reaktion, die sich mit einigen Schönheitsstipendien an dem von Grund aus häßlichen Wahlsrecht begnügt oder zum politischen Fortschritt, der er in der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen die Erfüllung seiner Wünsche sieht, als Mindestforderung aber die direkte und geheime Wahl sowie eine andere Wahlweiseinteilung aufstellen muß.'

'Berliner Tageblatt': 'Ueber den Inhalt der Wahlreformvorlage sagt die Thronrede kein Wort, man müßte denn aus der Bemerkung, daß es sich dabei um eine 'ernste Aufgabe' handelt, irgend welche Schlüsse zu ziehen versuchen. Wir verzichten darauf, uns an dem Vorfallenden aus dieser Andeutung zu beteiligen. Herr v. Bethmann Hollweg möchte offenbar seine preussische Schonzeit noch ein wenig Wochen verlängern. In wie ihm den Gefallen und meinet mir ab, wie seine Wahlvorlage, deren genauer Inhalt er vielleicht selbst noch nicht kennt, höchstens aussehen wird.'

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung vom 11. Januar 1910.

Am Ministerische: v. Bethmann Hollweg, Frhr. v. Rheinbaben, Delbrück, Troitz zu Solz, Schow, Breitenbach.

Saus und Tribünen sind fast besetzt. Präsident v. Schroder eröffnet die Sitzung mit einem Hoch auf den König. Die Sozialdemokraten betreten erst nach dem Kaiserhoch den Saal.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg:

H. H! Nachdem ich durch die Gnade des Königs zum Ministerpräsidenten berufen bin, benutze ich die erste Gelegenheit, um meine persönlichen Beziehungen mit Ihnen aufzunehmen. Ich werde heute keine politischen Erörterungen anstellen, dazu wird binnen kurzer Zeit Gelegenheit sein. Ich bin diesem Hause kein ganz Fremder und habe das Gefühl, daß der Lösung der Aufgaben, an denen ich bisher mit Ihnen mitarbeitete, nicht nur mir mit dem Entschlossensten gegenwärtigen Vertretenen zugute gekommen ist. Dieses Vertrauen als eine unentbehrliche Grundlage einer erfrischlichen Geschäftsführung zu pflegen, werde ich auch künftig bemüht sein.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben:

Mit allerhöchster Ermächtigung habe ich die Ehre, dem hohen Hause die allgemeinen Rechnungen des Staatshaushalts für 1908, die Uebersichten über das Jahr 1909 und die Feststellung des Etats für 1910 vorzulegen. Das charakteristischste aber betäubende Zeichen des Jahres 1908 bestand darin, daß der Verfall der Staatseisenbahnen infolge der scharfen wirtschaftlichen Depression in sehr erheblichem Maße nachgewiesen hat. Die Wiedereinnahmen des Jahres 1908 betrugen 135 Millionen Mark. Ertragsrückweise ist die erwartete Ueberschreitung der Eisenbahnausgaben im Jahre 1908 nicht eingetreten. Das Ergebnis des Jahres 1908 wurde sehr ungünstig beeinflusst durch die erhöhten Ausgaben für Gebaltsaufbesserung. Das Gesamtresultat des Jahres 1908 stellt sich auf nicht weniger als 202 Millionen Mark. Das Defizit ist ausschließlich auf den Rückgang des Ueberschusses der Eisenbahnen mit 134,5 Millionen und auf 66 Millionen Mark Mehrausgaben für Gebaltsaufbesserungen zurückzuführen. Auch der Etat des Jahres 1909 stand unter dem Druck der Ungunst der wirtschaftlichen Lage. Ertragsrückweise trat in der zweiten Hälfte des Jahres 1909 wirtschaftliche Besserung ein. Dazu kam eine erfreulich gute Ernte. Die Eisenbahnmaßnahmen verbesserten sich um 34,8 Millionen Mark. Die Fortsetzungen einen solchen von 6 Millionen Mark ergeben. Die Bergverwertung schließt selber mit einem Ueberschuß ab. Durch die Übernahme der gestandenen Walfahrtbeiträge auf die Reichstasse hat der Reichstag uns in Preußen eine wertvolle Erleichterung geschaffen. Hier ist kaum der Ort, über die Reichstagsanträge zu debattieren; darin werden Sie aber alle mit mir einig sein, daß es ein verdienstliches Werk des Reichstages war, daß er den bisherigen Zustand auf dem Gebiet der Walfahrtmaßnahmen, der gerade unerschütterlich geworden war und wie ein Damoklesschwert über den Schuttern der Einzelstaaten hing, beseitigt hat. Ertragsrückweise wird das Defizit für 1909, das auf 153 Millionen veranschlagt war, sich auf etwa 105 Millionen ermäßigen. Das Jahr 1909 bildet als Endjahr des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts den Abschluß einer Periode, und einer für unser Land bedeutungsvollen Periode. Wir haben uns in diesem Jahrzehnt hauptsächlich auf

Berücksichtigung der Eisenbahnen angelegen sein lassen, nicht zuletzt auf dem Gebiete der Verbesserung der Walfahrtstrassen. In vieler Hinsicht ist sehr viel geleistet, große Kapitalien sind im Bau neuer und der Verbesserung alter Walfahrtstrassen angelegt, und die Kgl. Staatsregierung ist willens, gemäß dem von diesem hohen Hause ausgeprochenen Wunsch, der geschicklich niedergelegt ist, die Erhebung einer angemessenen Gebühr für die Benutzung dieser Walfahrtstrassen mit aller Energie und trotz aller Hemmnisse durchzuführen. (Beif. Bravo rechts.)

Im Kultusrat sind wieder eine Reihe größerer Ausgaben notwendig geworden. Gegenüber dem Rufe nach stärkerer Vermehrung der Lehrerbildungsanstalten stelle ich fest, daß im Vorjahre 69 neue Seminare und 42 neue Präparandenanstalten errichtet worden sind. Die Beamtenaufbesserung hat unseren Etat dauernd erheblich belastet; während die vorige Aufbesserung mit 92 Millionen bestritten werden konnte, hat die letzte mit Einschluß der Pensionserhöhungen nicht weniger als 200 Millionen dauernde Mehrausgaben verursacht. Wir haben das Opfer gerne getragen, weil wir die Aufbesserung für nötig hielten. Nun sollten sich aber die Beamten mit dem Erreichten auch befrieden und nicht mit unerfüllbaren neuen Forderungen an die Defizitfähigkeit herantreten. (Beif. Zustimmung.)

Die Sparmaßnahme, die wir stets empfohlen und selbst geübt haben, ist in diesem Jahrzehnt noch mehr geteigert worden. Es ist uns aber nicht möglich gewesen, gerade in den am ehesten in Betracht kommenden Verwaltungen, z. B. im Eisenbahnenwesen, die Selbstkosten und den Betriebskoeffizienten zu verringern. Was wir konnten, haben wir getan, um durch pflegliche Behandlung der Einnahmen und mögliche Beschränkung der Ausgaben den Etat einigermaßen ins Gleichgewicht zu bringen. Ich kann auch allen Ansehens für ihre Selbstbeschränkung dank sagen.

Was nun das Jahr 1910 anlangt, so hoffe ich, daß die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung des vergangenen Jahres auch 1910 anhalten wird. Unsere Industrie hat auf dem Auslandsmarkt sehr schwer mit der Konkurrenz der anderen Nationen zu kämpfen. Um so wichtiger und geteilter ist es für uns, unseren in neuen Markt möglichst zu fähren; unsere Industrie muß in unserer Landwirtschaft eine zuverlässige und kaufkräftige Abnehmerin finden. (Beif. Beifall rechts.) Das hat auch der Generalsammlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller dessen verdienter Generalsekretär selbst betont und nachgewiesen. Gerade im Interesse unserer Fabrikation liegt es, wenn wir unsere einheimische Landwirtschaft sich gegenüberstellen, solange wird unser geliebtes Vaterland Nutzen davon haben. (Beif. Beifall rechts.)

Wir müssen aus der Defizitwirtschaft heraus, und wenn es auf anderem Wege nicht geht, so bleibt uns eben nichts anderes übrig, als neue Einnahmequellen in Anspruch zu nehmen. Das hohe Haus wird auch gut tun, mit der üblichen Gewohnheit zu brechen, daß hier bei der Beratung des Etats die einzelnen Herren Abgeordneten auf immer neue Ausgaben — namentlich für lokale Eisenbahnmühne — drängen. Die Regierung wird dem Hause übrigens vorschlagen, im Etat selbst eine Schenkwehr dagegen aufzurichten, daß die Einnahmen aus dem Eisenbahnverkehr in übermäßiger Weise für andere Staatszwecke in Anspruch genommen werden. Wir werden fordern, daß für solche Zwecke künftig nicht mehr als 2,10 Proq. des in den Eisenbahnen investierten Kapitals, das zurzeit etwa 10 Milliarden beträgt, verwandt werden dürfen. Das wären also 210 Millionen Mark. In den letzten Jahren haben die Eisenbahnen sehr für den allgemeinen Staatshaushalt herangezogen. Das geht aber auf die Dauer nicht, im Interesse der Bilanzierung unseres Etats. Nicht abgeben können wir davon, das Ertragsdiagramm des Eisenbahnetats reichlich zu bemessen. Wir können auch wertvolle Anlagen nicht auf Anleihe nehmen. Wir müssen vielmehr in guten Zeiten Vorsorge für die Zukunft treffen und die nötigen Ausgaben aus laufenden Mitteln decken. Wer weiß denn, was die Zukunft mit ihrem reichlichen Fortschritt der Eisenbahn noch an großen und kostspieligen Aufgaben stellt? Da dürfen wir nicht die Zukunft zugunsten der Gegenwart belasten. Wir wollen die Begrenzung der von den Eisenbahnen für den allgemeinen Staatshaushalt herangezogenen Summe zunächst einmal auf fünf Jahre Ihnen vorschlagen.

Der Minister geht dann auf den Etat für 1910 im Einzelnen ein, bleibt indes infolge der stetig wachsenden Unruhe im Hause und auf den Tribünen fast völlig unverständlich. Der Minister betont den großen Erfolg, den es bedeutet, daß es gelungen sei, den Fehlbetrag von 200 Millionen im Etat für 1908 auf 92 Mill. im Etat für 1910 zu ermäßigen, und schließt mit der Hoffnung, daß es gelungen werde, auf dem erprobten Wege der Sparmaßnahme zu einer immer festeren Konsolidierung der preussischen Finanzen zu gelangen. (Beif. Beifall.)

Das Haus verläßt sich auf Sonnabend 11 Uhr: Wahl des Präsidiums. Erste Etatsberatung.

Schluss 4 Uhr.

Herrenhaus.

1. Sitzung vom 11. Januar 1910, nachm. 3 Uhr.

Am Ministerische: v. Müller, Seifert. Der bisherige Präsident Frhr. v. Planteuffel eröffnet die Sitzung mit einem Hoch auf den König. Zu protokollieren: Schriftführern werden die Herren v. Burgsdorf und Graf v. Hutten-Caprazzini ernannt.

Ein Aufschreiben des Herrenhauses anlässlich der Geburt des jüngsten Sohnes ist eingegangen und wird gelesen. Die Beschlußfähigkeit wird nicht angewiesen. Das Haus ist damit konstituiert.

Es folgt die Wahl des Präsidenten und der beiden Vizepräsidenten.

Auf Vorschlag des Fürsten v. Haxfeldt wird das Präsidium der vergangenen Session: Frhr. v. Mantuffel als Präsident, Geh. Rat. Feder und Frhr. v. Landsberg als Vizepräsidenten, per Affirmation wiedergewählt. Alle drei

Die preussische Thronrede und die Börse.

□ Aus Berlin wird gemeldet:

Die preussische Thronrede traf diesmal eine verstimmt, geschäftsunlustige und dadurch besonders kritisch veranlagte Börse vor. Noch vorgestern hätte der die Thronrede einleitende Passus, in dem von einer 'allmählichen Wiederbelebung von Handel und Verkehr' und einer daraus resultierenden 'langsamten Besserung der Staatsfinanzen' an der Börse vermutlich einen lauten Wiederhall gefunden. Heute nahm man zwar von diesen Konstatierungen auch mit einer gewissen Verbitdung Kenntnis, doch betonte man dem gegenüber mit einer gewissen Bösartigkeit, daß das amtliche Wirtschaftsbarmeter in Preußen sich schon recht wohl geföhrt habe. Daß der Budgetentwurf wieder mit einem namhaften Fehlbetrag schließen werde, bedeutete für die Börse keine Ueberschätzung. Dem Montan-Aktienmarkt brachte die Antündigung, daß zur Erweiterung und besseren Ausüstung des Staatseisenbahnwesens sowie zur Unterstützung von Kleinbahnen weitere erhebliche Mittel verwendet werden sollen, keine Anregung. Den relativ stärksten Eindruck auf die Börse machte die Antündigung, daß dem Abgeordnetenhaus bereits in einigen Wochen eine Vorlage über eine Reform des Wahlrechts zugehen werde. Die Börse, deren Gros in innerpolitischen Angelegenheiten den Standpunkt vertritt, der durch das dem Fürsten Wilow zugesprochene Wort: 'Nur keine inneren Kriege!' gekennzeichnet wird, erhofft hierdurch eine Milderung der innerpolitischen Gegensätze Alles in allem: Die preussische Thronrede fand an der Börse eine laue, zum mindesten eine indifferente Aufnahme.

Die Thronrede im Spiegel der Presse:

'National-Zeitung': 'Alles in allem ist die preussische Thronrede ein getreues Spiegelbild der Thronrede

Herren nehmen die Wahl mit Dank an. Auch die Schriftführer der vergangenen Session werden durch Jura wieder gewählt.

Dann ist die Tagesordnung erledigt.
Nächste Sitzung Mittwoch 1 1/2 Uhr: Gefälligkeitliche Mitteilungen. Vorbereitung neuer Mitglieder. Gefälligkeitliche Behandlung von einigen dem Herrenhause zuerst zugegangenen Gesetzentwürfen.
Schluß 3 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

13. Sitzung, Dienstag, 11. Jan. 1910, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück, Medienburgischer Gelehrter v. Brandenstein; zahlreiche Vertreter anderer Bundesstaaten.

Sans und Tribünen sind gut besetzt.
Vizepräsident Dr. Spath begrüßt in Vertretung des Präsidenten Stolberg die Abgeordneten mit einem Neujahrsgruß und dem Wunsch auf heiligen Fortgang der Arbeiten.
Der Abgeordnete Dr. v. Czernomski (Böhm) hat sein Mandat niedergelegt.

Die medienburgische Verfassungsinterpellation.

Die Interpellation (s. natl.), Dr. Pahnke und Reichsgraf v. Balthasar (links, Fraktionsgemeinschaft), lautet:

Gedenkt der Herr Reichstagskanzler der Erwartung, welche hinsichtlich der medienburgischen Verfassung der Bundesrat in seiner Sitzung vom 26. Oktober 1875 den medienburgischen Regierungen gegenüber ausgesprochen hat, namentlich weitere Folge zu geben, nachdem die zwischen den medienburgischen Regierungen und den Ständen seit fast 30 Jahren verhaltenlos geführten Verfassungsverhandlungen kürzlich wiederumt gesichert sind und nachdem die medienburgischen Regierungen den Ständen an dem diesjährigen Landtage erklärt haben, daß ihnen angeht die Haltung der medienburgischen Ritterschaft weitere Verhandlungen zurzeit nicht mehr möglich seien, daß sie die Hoffnung nicht mehr aufrecht erhalten können, zu einer Verständigung zu gelangen und daß sie bei Verhandlungen im Reichstage ihren bisherigen Standpunkt gegenüber einem Eingreifen des Reiches nicht aufrecht erhalten könnten?

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Biedl (nl.)

begründet die Interpellation. Am 15. Juni v. J. sei von dem Reichstagskanzler und dem medienburgischen Bevollmächtigten erklärt worden, der bisherige Verlauf der Verfassungs-Verhandlungen in Medienburg bedeute noch keineswegs ein Scheitern derselben. Diese Auffassung habe ich mittlerweile als zu optimistisch herausgehört. Daher sei es geboten, die Pflicht, die medienb. Verfassungsfrage erneut im Reichstage aufzurollen. Am 10. März mit Recht, nachdem die Großherzogliche Regierung gegenüber der Reichstags-Verhandlungen, die Verhandlungen mit medienburgischen Regierungen triffen jetzt zu der vorübergehenden Sachlage Stellung nehmen. Die Ritterschaft habe bisher jeden Versuch, die Verfassungsfrage zu lösen, zum Scheitern gebracht. Jetzt müsse das Reich einschreiten. Das medienburgische Volk hoffe dies und erwarte durch die heutigen Erklärungen des medienb. Bevollmächtigten nicht enttäuscht zu werden. Von besonderem Interesse werde heute die Erklärung des Reichstagskanzlers sein. Ausgeschlossen erscheinen es, daß der Bundesrat auch jetzt noch nicht an der Erfüllung der von ihm im Jahre 1875 ausgesprochenen Erwartung verweigere. In dieser heute noch sehr unklar, würde mit dem eigenen Ansehen und der Autorität des Bundesrats unerschütterlich. Drei Möglichkeiten der Reichsentscheidung liegen vor: 1. Bundesfreundliche Vorkstellungen, 2. die Anwendung des Artikels 70 Absatz 2 der Reichsverfassung; endlich 3. die von den Liberalen schon seit Jahrzehnten vorgeschlagene Ergänzung der Reichsverfassung im Sinne des bekannten medienburgischen Verfassungsantrages (Betheile gewählter Volksvertreter in allen Bundesstaaten). Artikel 25 ließe dem nicht entgegen, da eben auch Verfassungsänderungen innerhalb der Kompetenz des Reiches liegen. Wir hoffen darauf, so führt Redner schließlich aus, daß auch die Parteien, die bis heute ablehnend verhalten haben, oder daß zahlreiche Mitglieder dieser Parteien jetzt sich nicht mehr der Notwendigkeit verschließen, Medienburg vom Reichsmagen zu helfen. Es hat eine ernste Seite, wenn das Reich jetzt nicht hilft. Sollen die Großherzöge, die von ihnen erkante und anerkannte Staatsnotwendigkeit nicht helfen lassen, weil die medienburgischen Ritter Überhand leisten? Oder ist es nicht vielmehr ihre historische Pflicht, bei dieser Sachlage auch vor dem ultimo ratio der Staatsnotwendigkeiten, dem Gebrauch der Gewalt, der Dekretierung einer Verfassung nicht zurückzusicheren? Wenn es jetzt nicht gelingt, auch in Medienburg vom föderal zum konstitutionellen Staat zu kommen, würde das ganze Odium auf das Reich fallen. Der Redner wendet sich an die Parteien, nimmt Bezug auf eine verfassungsrechtliche Meinung des republikanischen medienburgischen Abg. v. Dörpke und appelliert insbesondere an das Zentrum. Das Reich hat eine historische Pflicht gegen Medienburg, gegen Fürsten und Volk zu erfüllen. (Beifall links.)

Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück

verliest eine Erklärung. Die anfänglich Erfolg verheißenden Verhandlungen der medienburgischen Regierungen mit ihren Ständen sind bedauerlicherweise ergebnislos verlaufen. Unter diesen Umständen stellt wie bisher die rechtliche Voraussetzung für die Anwendung des § 70 der Reichsverfassung. Und was die Erweiterung der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Reiches anlangt, so habe ich im Namen der verbündeten Regierungen die Erklärung abgegeben, daß sie es nicht für angängig erachten, den Weg zu beschreiten, da dies mit den föderativen Grundgesetzen unvereinbar ist. (Beifall rechts, Laufen links.)

Medienburgischer Gelehrter v. Brandenstein:

Im Namen der Medienburgisch-Schweidnitzer Regierung habe ich folgendes zu erklären: Die Hoffnung auf Einigung hat sich leider nicht erfüllt. Die Regierung behält sich die Wiedereinbringung der Vorlage vor. Bei dieser Sachlage ist die Regierung nicht mehr imstande, einem etwaigen Eingreifen des Reiches mit der Begründung entgegenzutreten, daß Hoffnung auf Einigung mit der Ritterschaft bestände. (Sitz, hört, links.) Auf der anderen Seite über großes Geschick links, hört, links und Beifall rechts) ist die Regierung nicht in der Lage, ein Eingreifen des Reiches zu beantragen, in Rücksicht auf die Selbständigkeit der Bundesstaaten und den föderativen Charakter der Reichsverfassung. Gleichwohl ist die heutige Verhandlung von Wert, weil sie die nötige Klarung bringt. Die Regierung entnimmt aus ihr die Bestätigung ihrer eigenen Auffassung, daß die Verfassungsreform im Lande selbst und aus eigenem durchzuführen ist. (Sitz, hört, rechts.) Für die Streifische Regierung habe ich nichts hinzuzufügen. (Beifall rechts, Laufen links.)

Auf Antrag der Linken erfolgt die Besprechung der Interpellation.

Abg. v. Treuenfels (sonl.)

verliest eine Erklärung der konserverativen Fraktion. Sie erachtet die Einmischung des Reiches für unzulässig, als Gefährdung der Selbständigkeit der Einzelstaaten und der Selbständigkeit des Reiches. Ein medienburgischer Minister hat noch jüngst erklärt, eine Einmischung des Reiches in die Verfassungsangelegenheiten Medienburgs bedeute das Herausbrechen des edelsten Jewels aus der Krone Medienburgs. (Laufen links.) Die Punkte will auf den Einzelstaat hinaus. Die Interpellation mußte ein Schlag ins Wasser sein, nur darum unzulässig und für uns diejenigen, die in Medienburg nichts ändern wollen. Gewiß ist das Verhalten der Ritterschaft nichts weniger als ehrenhaft. Aber die Regierung muß politisches Geschick, Takt und Klugheit zeigen. Bis tief in die liberalen Kreise hinein will niemand in Medienburg Ballaststaat des Reiches werden. (Beifall rechts, Laufen links.)

Abg. Dr. Pahnke (linksliberale Fraktionsgemeinschaft):

Die Erklärungen der medienburgischen Regierungen waren geradezu eine Aufforderung an uns, die Verfassungsfrage hier zur Sprache zu bringen. Nun steht man auf einmal die drohend gehobene Faust wieder ein. Das könnte fast komisch wirken, wenn es sich nicht um die Tragödie eines ganzen Volkes handelte, denn die medienburgische Frage ist eine weltliche Frage. Es erregt die Spottlust der ganzen Welt, wenn es nicht gelang, gegenüber der Selbständigkeit von ein paar hundert Gutsbesitzern eine moderne Verfassung für Medienburg zu gewinnen. Die Großherzöge haben selbst erklärt, daß die bestehenden Zustände die Entwicklung des Landes hemmen. Die Erklärungen heute waren kurz und gedreht, man hat uns hinter das Jahr 1875 zurückgeworfen. Ein Eingreifen des Reiches ist staatsrechtlich durchaus zulässig. Der Medienburger darf nicht weiter ein Bürger zweiter Klasse bleiben. Die Ritterschaft hat die Vorlage ihrer Regierung gerettet zu haben gemoren. In Medienburg ist es genau wie in Preußen: Welt die Herrschaft der Großgrundbesitzer durch eine Wahlreform gefährdet wird, wird das Gelingen der Revolution an die Hand genommen; damit macht man nur die Geschichte der Sozialdemokratie. Niemand soll die Ritterschaft vor uns nicht haben. (Beifall links.)

Medienburgischer Gelehrter, Freiherr von Brandenstein nimmt die Mitglieder der großherzoglichen Regierungen gegen den Vorwurf in Schutz, daß sie viele politische Fehler bei der Verteilung der Vorlage in Medienburg gemacht hätten. Sie haben und werden auch weiterhin ihr bestes Können an die Aufgabe setzen, für Medienburg eine brauchbare Verfassung zu schaffen.

Staatssekretär Delbrück:

Eine bundesfreundliche Einmischung ist nur möglich, wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen den verbündeten Regierungen und der Bundesregierung bestehen, das ist aber hier nicht der Fall. Eine Einmischung hätte auch keinen Zweck gehabt. Nach dem liberalen Antrag soll, laut Reichsgesetz, in jedem Bundesstaat eine aus Wählern der Bevölkerung hervorgegangene gelesenebnde Körperschaft vorhanden sein. Wenn nun ein solches Gesetz hier verabschiedet würde, glauben Sie, daß das auf die Ritterschaft großen Eindruck machen würde? Wir würden dahin kommen, daß das Reich aus eigenem Ermessen Hilfe erteilt, die den einzelstaatlichen Verfassungen und Souveränen zuträgen. Das ist unvereinbar mit der föderativen Grundgesetze des Reiches. Ein Spezialgesetz für Medienburg wäre ein Ausnahmemaß gegen einen einzelnen Bundesstaat. Es sind ernste, politische Bedenken, die uns leiten. (Beifall rechts.)

Abg. Grüter (Zentr.):

Es ist bedauerlich, daß die medienburgische Verfassungsfrage immer noch nicht aus der Welt geschafft ist. Aber ein Zwang von Seiten des Reiches findet nicht ausbleiben. Die Konsequenzen eines solchen Schrittes sind unübersehbar. Medienburg muß sich selbst helfen.

Abg. v. Dörpke (Rp.):

Die medienburgische Verfassung ist reformbedürftig, und als Mitglied der medienburgischen Ritterschaft bezaure ich tief, daß diese sich den durchaus konserverativen Vorlesungen der Landesfürsten gegenüber ablehnend verhalten hat, darunter leidet die konserverative Sache. Verfassungsangelegenheiten sind aber Sachen der Einzelstaaten. Sichtlich kommt es zu einer Verständigung.

Abg. Pahnke

erklärt die medienburgische Regierungsform für eine Schmach und Schande für die ganze Nation.

Abg. v. Treuenfels (sonl.):

Wenn die Wünsche des Abg. Pahnke in Erfüllung gingen, dann würde der Liberalismus noch mehr der Dinger werden, auf dem die Sozialdemokratie beruht.

Abg. Dr. Pahnke (Fr. Bgg.):

Hätten wir die Sache nicht in Fluss gebracht, kann können wir noch auf dem Standpunkt von vor 20 oder 30 Jahren. Geschick haben alle, Graf Poldowski, Herr v. Brandenstein, Herr v. Brandenstein, alle waren auch Hoffnung. (Große Heiterkeit.) Wir haben es für Dampf gelorgt.
Beratung. Mittwoch 1 Uhr. Interpellation über Rattowitz. Schluß 6 Uhr.

Deutsches Reich.

Aus dem Staatshaushaltsetat für das Etatsjahr 1910.

Für das Etatsjahr 1910 sind die Einnahmen des Staates auf 3 887 412 963 M., die Ausgaben im Ordinarium auf 3 725 019 542 M., im Extraordinarium auf 204 393 421 M., zusammen auf 3 929 412 963 M., mithin die Ausgaben um 92 000 000 M. höher als die Einnahmen veranschlagt. Der Selbstetat wird — wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ darlegt — durch Aufnahme einer Aleihe in den Etat sein. Der Betrag der letzteren ist zur Ausdehnung des Staatshaushaltsetats in den Etat der allgemeinen Finanzverwaltung als außerordentliche Einnahme eingestuft.

Gegenüber den Veranschlagungen für das laufende Etatsjahr zeigen die Schlusskummen des Etats für 1910 eine Erhöhung um 102 068 278 M. Diefelbe setzt sich bei den Ausgaben aus einer Erhöhung um 128 498 622 M., im Ordinarium und einer Ermäßigung um 26 437 344 M., im Extraordinarium zusammen. Es sind angelegt bei den staatlichen Betriebsverwaltungen die Einnahmen um 20 207 780 M. höher, die Ausgaben im Ordinarium um 122 026 406 M. höher und im Extraordinarium um 20 929 690 M. niedriger, bei den Dotationen und der allgemeinen Finanzverwaltung die Einnahmen um 32 302 172 M. und die Ausgaben im Ordinarium um 32 302 172 M. höher, bei den eigentlichen Staatsverwaltungen die Einnahmen um 43 938 138 M., die Ausgaben im Ordinarium um 25 892 968 M. und im Extraordinarium um 5 507 654 M. niedriger. Hierbei wie bei allen nachfolgenden Vergleichungen mit den Veranschlagungen für das laufende Etatsjahr ist insofern zu berücksichtigen, daß die im Etat für 1909 beim Finanzministerium in einer Summe

ausgebrachten Mehrausgaben für Besoldungserhöhungen von 126 000 000 M. und die ebenda ausgearbeiteten Deduktionsmittel aus neuen direkten Steuern von 55 000 000 M. hier abgezogen und zusammen mit den darüber hinaus bewilligten Mehrausgaben für Besoldungserhöhungen und von Deduktionsmitteln aus neuen indirekten Steuern namentlich bei den einzelnen Verwaltungen als Mehrausgaben bezogen. Die Mehrausgaben in Ansatz gebracht worden sind. Zum besseren Verständnis sind bei den größeren Verwaltungen die auf diesen Uebertragungen beruhenden Etatsveränderungen noch besonders ersichtlich gemacht.

Bei den staatlichen Betriebsverwaltungen ist im Ordinarium ein Mehrüberschuß von überhaup 82 181 374 M. veranschlagt, der sich aus Mehriüberschüssen von 92 100 211 M. und aus Winterüberschüssen von 9 918 836 M. zusammensetzt.

(Wir kommen auf die einzelnen Positionen noch eingehender zurück.)

Der revisionistische Verleger und der radikale Bedakteur.

* Aus Sagen-Meinungen wird der „Allg. Zeitung“ geschrieben:

Die Wahl und herzogliche Bestätigung des zum Vizepräsidenten des Meininger Landtages gewählten Zeitungsverlegers Wehber aus Sonneberg hat ein Nachspiel verursacht. Der sozialdemokratische Abgeordnete hatte sich bekanntlich bereit erklärt, auf Solle zu gehen, wenn er zum Vizepräsidenten gewählt würde. Er war daraufhin einstimmig, also auch mit den Stimmen seiner Parteigenossen, zum Zweiten Vizepräsidenten gewählt und schon nach drei Tagen vom Herzog von Meiningen bestätigt worden. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ und die Mehrzahl der anderen Parteipublizisten machten dem sozialdemokratischen Vizepräsidenten schwere Vorwürfe wegen seines beabsichtigten Solganges und der Folgen, zu denen seine Einwilligung führen würde. In Sonneberg, dem Wahlkreise Wehbers, sprachen sich in einer Verammlung des sozialdemokratischen Vereins mehrere Genossen, unter ihnen der verantwortliche Redakteur des „Thüringer Volksfreunds“ in Sonneberg gegen die Wahl der Fraktion aus. Das genannte Blatt schrieb:

„Die Hofgänger in Meiningen machen in der gesamten bürgerlichen und Parteipresse viel Aufsehen. Wir gehen eine Anzahl von Aeußerungen von Parteipublizisten deshalb wieder, weil sie sich mit unruher Ansicht vollständig bedecken.“

In den jütischen Aeußerungen heißt es u. a. im „Halle'schen Volksblatt“: „Genosse Wehber geht in Grad und weicher Weite zu seinem hohen Landesherren um in der vorgedachten demütigen Haltung und Gebärde alleruntertänig mitzutreten“ u. m. „Hoffentlich gerügt der taktlose Republikaner das nach Parteiprogramm in die Strafkasse zu laden.“ Die „Neupfische Tribüne“ bemerkt, daß durch den Titel „Vize“ das Klaffengefühl der Genossen in Meiningen gefakt wird. Weiter heißt es dann noch: „Wir haben uns das Hofpartei erobert. Die Zwedenstiefel lassen wir draußen.“ Die Einnahme des Sonneberger Sozialdemokraten ist um 10 eigenartiger, als Vizepräsident Genosse Wehber der Verleger dieses Blattes ist. Wehber landte der Redaktion seines Blattes eine Zulufahrt, in der er u. a. hieß:

Am 16. Dezember hat der so vielfach beprohene Solgang stattgefunden. Die Schmerzen der Parteiochane und des Thüringer Volksfreunds, der bei den Aushandlungen angeschlossenen hätte waren diesmal umsofort! Der sozialdemokratische Vizepräsident pigerte nicht im Grad und Weite, sondern in seinem eigenen Bürgerroa mit Schlapphut nach dem Rundbau (Herzog, Weidenhof) und zeichnete sich dort mit den beiden anderen Präzidenten in die vorgelegte Lisse als solcher ein. Nun wird die Redaktion des Thüringer Volksfreunds abwarten müssen, bis der Abg. Wehber und mit ihm die gesamte sozialdemokratische Fraktion, mit deren Zustimmung Genosse Wehber die letzte Erklärung: „Mit dieser Festung einverstanden“, unterschrieben hat — zu „Hüftentdecken“ herabstünden und die Parteigrundläse etwa vernachlässigt werden. Für diesen Fall hat allerdings Genosse Wehber das Parteiprogramm in der Tasche, das ihm auch bei seiner ferneren parlamentarischen Tätigkeit stets als Rückfichtur dienen wird.

Sofort erhob sich in der sozialdemokratischen Presse eine erneute Polemik, in der es als unerhörter Revisionismus bezeichnet wurde, daß ein Genosse sein Parteiprotokoll — als „einfaches Bürgerroa“ bezeichne. Auf der Konferenz der Thüringer sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, die Anfang Januar 1910 in Gotha stattfand, erklärten sich die übrigen Thüringer Abgeordneten mit Wehbers Handlungsweise einverstanden und tadelten die sozialdemokratische Presse, die die Angelegenheit derart aufgeschaukelt habe. Die sozialdemokratischen Zeitungen wiederum sind mit dieser Aeußerung nicht einverstanden und können schon jetzt ein Nachspiel auf dem nächsten Parteitag an.

Kleine politische Nachrichten.

Ein Weibsch über den Zoll Mannesmann.
Ueber die Angelegenheit der Früher Mannesmann und ihre Ansprüche auf Ainen-Kongzessionen in Maroffo wird im Auswärtigen Amt ein Weibsch vorbereitet, welches endlich Ainenmaterial zur Beurteilung dieser Sache liefern wird. Das Weibsch ist in einigen Tagen zu erwarten.

Gegen die Coiffinführung.
Die Aielor Handelskammer beschloß, beim Staatssekretär des Reichshofamtes und dem Finanzminister gegen die Coiffinführung der Futtergerie vorzulegen zu werden und Aulenzen zur Erörterung der Angelegenheit zu erbitten.

Hof- und Personalnachrichten.
* Das Kaiserpaar ist gestern vormittag gegen 11 Uhr vom Neuen Palais aus mit Automobil in Berlin eingetroffen und hat im königlichen Schloße Wohnung genommen.
* Der Hoflager ist vom Neuen Palais nach Berlin verlegt worden.

Ausland.

Die Abschiedsbriefe der Baronin Wittgenstein.

— Die einer Pariser Zeitung zugegangenen, kürzlich erwähnten Briefe der Baronin Wittgenstein vom Oktober 1888 bis zur Katastrophe von Wenerling wurden einer bekannten Pariser Persönlichkeit, die seinerzeit die besten Besetzungen zum Wiener Hofe hatte, vorgelegt

und von dieser als durchaus authentisch bezeichnet. Der Brief, der die Verlobungsfeierlichkeiten für den Kronprinzen Rudolf auszuführen hatte, habe eine mehrere tausend Worte enthaltende Depesche an Kaiser Franz Josef abgehandelt zur Bekräftigung der Tatsache, daß die Baronin Verena Freiin v. Hiltl mit dem Kronprinzen in den Tod gegangen sei. Der Wortlaut der jetzt veröffentlichten Abschiedsbriefe sei durchaus in diesem Sinne gehalten. Die an den Kaiser gerichtete Depesche ruht heute noch in den Archiven des Vatikans, und ein noch lebender Kardinal besitzt eine vollständige Abschrift davon.

Kleine Tagesnachrichten.

Die Flottmachung des böhmischen Landtages.
Die aus Prag zurückgekehrten Teilnehmer an der Versammlung der deutschen Vertreter ausmännlicher Böhmens sind sehr befriedigt vom Verlauf der Tagung. An leitender Stelle hält man die Flottmachung des künftigen Landtags nicht mehr für ausgeschlossen und glaubt, daß der Grundgedanke bald mit Einigungsversuchungen zwischen Deutschen und Tschechen beginnen werde. Auch die Stimmen der tschechischen Presse lauten nicht ganz ungünstig. Freilich wird noch alles davon abhängen, wie weit die Tschechen bereit sind, den deutschen Minorität ihr Recht zuteil werden zu lassen.

Schiffsalotrope im Roten Meer.
Ein an die Regierung gerichtetes Telegramm aus dem Yemen meldet, daß bei Araman ein britischer Dampfer die beiden türkischen Torpedoboote „Melchior“ und „Belint-Derna“ angeht und schwer beschädigt habe. Auch Verluste von türkischen Schiffsteilen sollen zu beklagen sein. Am Schlimmsten aber ist, daß dadurch für lange an eine wirksame Verhütung des englischen Waffenschmuggels nach Arabien nicht zu denken ist. In arabischen Deputiertenkreisen gibt man übermäßig der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Schiffsalotrope, der gleich viele türkische Küstenverwundungsböote unbrauchbar machte, kein böser Zufall gewesen sein dürfte.

Halle und Umgebung.

Salle a. S., 12. Januar.

Sturm und Regen.

gab es gestern abend um die achte Stunde. Wir rechnen auf Schnee und Eis, statt dessen herrscht tagsüber wahres Frühlingswetter und abends geht dann gewöhnlich ein leichter Regen ein. Gestern abend war es mehr. Es wehte eine starke Brise und plötzlich ließ ein wahrer Platzregen ein. Ein wirrkliches Gewitter zog gegen 9 Uhr über unsere Stadt. Es donnerte und blitzte. Witten im Januar! Der Sturm riß an den Dächern und raste in den Säulen. Mäander hat sieg davon, Scheiben wurden eingedrückt, Drähte zerrissen, so daß stellenweise der Verkehr stockte. Es war ein jeder, ungemittelter Frühlingsturm. Auch von der Nordsee kühlte es gestern und vorgestern schon starker Sturm gemeldet.

Wann endlich wird uns der Himmel noch einmal Schnee und Kälte, recht viel Schnee bescherten, damit wir endlich auch wissen und merken, daß Winter ist?

Ueber die jüngste Fahrt des Ballon „Nordhausen“

am letzten Sonntag wird noch folgendes Nähere berichtet: Ballon „Nordhausen“ liegt unter Führung des Hauptmanns v. v. D. i. m. a. n. n. - Halle (Mitfahrer Hauptmann v. B. i. a. - Wersburg, Bergmeister Viebanan - Nordhausen und Fabrikdirektor Schulz - Halle) am Sonntag vorm. 11 1/2 Uhr von Halle aus zu seiner 14. Fahrt auf.

Bereits kurz nach dem Aufstieg wurde die etwa 500 bis 700 Meter reichende ziemlich Cumuluswolkenflucht durchbrochen. Nur einzelne kleine Durchlöcher gestatteten die Bestimmung, daß die Fahrt Richtung Süden und Osten schaute, jedenfalls war man sicher, daß die Fahrt nicht nach der Nordsee zu ging, daß man gekostet einige Stunden über dem Wolkenmeer dahinjagenden und sich an dem herrlichen Anblick, den die schneebedeckten Wolkenmassen mit dem herrlich blauen Himmel und der strahlenden Sonne darüber boten, ergötzen konnte. Die Sonne lag der Ballon allmählich bei 1500 Meter Höhe hinauf, die etwa 1 Uhr mittags erreicht wurde. Die Temperaturmessungen, an einem gewöhnlichen Thermometer abgelesen, ergaben um diese Zeit + 20 Grad C. etwa in Brusthöhe der Fahrer, an dem Boden des Korbes wurden regelmäßig etwa 6-7 Grad C. weniger festgestellt. Die sommerliche Wärme ließ es denn auch als zionisch erscheinen, daß die Thermosflasche mit kaltem erfrischendem Getränk während des Fluges spendierte.

Um 12 1/2 Uhr mittags ließ die Wolkenflucht etwa für eine Viertelstunde einen freien Durchblick nach der Erde zu. Der breite Fluß, dessen man anfänglich wurde, konnte nur die Elbe sein. Nach vielfachem vergeblichen Bemühen, die Orientierung zu finden — die Karte des Elbe-Verlaufs wurde von Leuten bis Torunau erfragt ruhiert —, ermittelte man, daß man sich bei Mühlberg a. d. Elbe befand. Die Feststellung erfolgte noch kurz bevor sich die Wolkenwand wieder schloß und nun ab durchaus keine Durchlöcher mehr gestattete. — Die abnehmende Kraft der Sonne erforderte eine fortwährende Ballonführung, um nicht in das Wolkenmeer, das allmählich auf 1100 bis 1200 Meter Höhe sich emporgehoben hatte, hineinzufallen. Endlich um 3 1/2 Uhr beschloß man, nachdem man zuvor noch schöne Ausblicke auf die Spitze des uns umgebenen herausragenden Riesengebirges gewonnen hatte, den Ballon zu verlassen. Unteroffizier war es, daß er nahezu 20 Minuten auf der Wolkenflucht gemütsvoll einharrte. Der Korb sank per se liegende Male in den Nebel herab, wurde aber jedesmal wieder herausgehoben. Da der niedrige Stand der Sonne zur Landung machte, wurde Ventil gezogen. Der Ballon geschloß sofort. Zwei Minuten unbedruckungsfähiger Nebel, dann wurde bei 900 Meter die Erde gelehrt, die nach der wunderbaren Helligkeit dort oben einen geradezu traurig-düsteren Eindruck machte! Bei 500 Meter war es gelungen, durch vorzügliches Ballonsteuern den Fall des Ballons zu bringen. Dann ging man nieder und es begann ein Landungsmanöver, das geradezu als Schmelzspiel, wie eine Landung durchgeführt werden muß, gelten kann. Durch abwechselndes Ventilziehen und Ballonführen — man verließ die Höhe über 14 Std. Ballast — kam man in langsamem Fall auf etwa 50 Meter herab. Hier erst wurde das Schmelzspiel ausgegeben. Die Fahrt am Schmelzfall, die etwa 6-8 Km. währte, diente dazu, in einer niedrigen Lantenschonung ein ideales Landungsgelände auszuwählen. Mit äußerst sanftem

Stoß setzte der Korb auf. Die Landung war 4 1/2 Uhr sehr glatt erfolgt. Die Landungsstelle lag bei Siegersdorf zwischen Görlitz und Bunzlau.

Innerhalb 6 Stunden war eine Strecke von 240 Km. durchflogen worden, was einer sehr angenehmen Durchschnittsgeschwindigkeit von etwa 40 Km. pro Stunde entspricht.

Es ist der Vorteil der im Winter ausgeführten Fahrten, daß, wenn sie auch an Zeitaufwand länger sind als die Sommerfahrten, in der Regel aber wegen des im Winter wehenden härteren Windes über weitere Bestrecken führen. Das man wegen der Temperatur während einer Winterfahrt nicht besorgt zu sein braucht, zeigen wohl die oben gegebenen Warmetage.

Staat, Hädt. Handels- und Gewerkschaft für Mädchen.
Von der Verhaltung der Handels- und Gewerkschaft für Mädchen, hier, Kisterstraße, wird darauf hingewiesen, daß die Meldungen in diesem Jahre bis spätestens 15. Februar 1910 gemacht sein müssen.

Der frühe Termin ist im Interesse derer, die die Schule gern besuchen möchten, notwendig, um die Anzahl der Kurse den Anmeldungen entsprechend einzurichten, event. die nötigen Beiräte heranzuziehen zu können. Um den Mädchen nach Ausmusterung und Beratung in ergeblicher Weise nachkommen zu können, empfiehlt es sich, die Meldungen nicht auf die letzten Tage zu verschieben.

Die Sprechstunden sind von 11-12 Uhr wochentags außer Dienstag und Donnerstag.

Sozialreform im Handlungsgewerbe.
Der Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig richtete im November und Dezember des vorigen Jahres an Reichstag, Bundesrat und Reichsausschuss des Innern weitere Eingaben, und zwar für reichsrechtliche Regelung der Kontarbeitszeit, für Einführung von Handlungsgesellenkammern, für Nichtigkeit der offenen und geheimen Konturückkauf, für Errichtung einer Sonderaufsicht, für Regelung des privaten kaufmännischen Schulwesens durch Reichsgesetz und für erweiterte Regelung der Arbeitszeit in den offenen Verkaufsstellen des Handels.

Die Eingabe für Einführung von Handlungsgesellenkammern ist auch den Ministern der Einzelstaaten mit der Bitte zugestellt worden, im Sinne der Ausführungen im Bundesrat für Handlungsgehilfenkammern einzutreten.

Provinzial-Nachrichten.

Die Freude über eine neue Fahrt.
Walsungen, 10. Jan. Seit gestern steht unser Städtchen im Glanzlicht. Es ist dies der allgemeine Ausdruck der Freude darüber, daß hier eine neue Fahrt entstanden ist.

Zu den bereits bestehenden sechs Zigarrenfabriken hat die Firma L. Wolff, Hamburg, wieder eine neue gegründet, die nun heute eingeweiht wurde. Am Abend wurde die Feier bereits durch einen prachtvollen Feuerwerk eingeleitet. Heute morgen spielte das hiesige Musikkorps vor dem Vereinslokal und auf dem Markt. Nachmittags bewegte sich ein langer Zug — voran Zigarrenmetzler und die Spitzen der hiesigen Behörden — unter freierhändiger Führung der Wäld durch die ganze Stadt nach der neuen Fahrt, die herzlich begrüßt war, und nun hier in den geräumigen Festsaal, wo ein gemeinsames Essen für 300 Gäste stattfand. Besonders auffallend war im Festzug eine über 1/2 Meter lange Zigarre, die umflungen von feindlichen Händen, an einer langen Tange mitgeführt wurde. Ein Festball, wozu die Polizeistunde bis zum nächsten Morgen ausgesetzt war, beschloß die Feier.

Überdörfingen a. See, 11. Jan. (Ein Rangierer verunglückt.) Heute nachmittag verunglückte der Wagenführer Ernt. L. v. a. m. a. n. u. s. Oberböhmen im Riedelschicht über Rangieren. Lokmann wurden beide Füße zerquetscht. Er wurde heute nach Halle ins Bergmannstrolch geschafft.

× Helbra, 10. Jan. (Ein Meteor) von letzterer Schönheit und Größe wurde am Sonnabend abend gegen 8 1/2 Uhr hier am nördlichen Himmel beobachtet. Es erschien unterhalb des Sternbildes „Der große Bär“ und erstarrte in bläulich-weißem Licht.

(Wernburg, 11. Jan. (Ein literarischer Preisträger.) Bürgermeister Karl Martowitz, Wernstern, hat bei einem Wettstreit über „Waisfabrikation“, welches die „Berliner Freisprechung“ ausgeschrieben, ein Ehrenplomben und einen Geldpreis von 300 M. erhalten.

(Eichen, 9. Jan. (Unzere älteste Einwohnerin), Frau Rentiere Hannj. Kaufmann, beging in letzterer Hälfte ihres 94. Geburtstag, Frau Kaufmann wurde als vierte Tochter des Herzoglichen Hofratters Mohs zu Plessau in der Wasserstadt geboren und verheiratete sich am 22. Februar 1838 mit dem damaligen Richter zu „Dersdorf“, Gottfried Kersch. Der Ehe hind sich sechs Kinder entsprossen, von denen zwei Töchter und zwei Söhne noch am Leben sind. Auch hatte die Eheleute Kaufmann das Glück, am 22. Februar 1888 ihre goldene Hochzeit feiern zu können.

Weimar, 10. Jan. (Der Konkurs des Bankiers Leonard Schulze) scheint für die gestellten Gläubiger ein klägliches Ergebnis zu haben. Wie es heißt, soll die Konkursmasse etwa 1 von Hundert ergeben. Schulpes Unternehmen ist anscheinend noch vornehmlich auf schwindelhafter Grundlage errichtet worden. Er soll seine Bank mit ganzen 4000 Mark Barkapital seinerzeit gegründet haben und es sieht nicht einmal fest, daß dieses Geld sein Eigentum war. Er veräußerte ein Einkommen von 29.500 M. Seine Villa in der Sophientalstraße war im vornehmlichen Stil eingerichtet. Noch einige Tage bevor er sich auf die „Reise“ begab, war er mit einigen Herren in Trostfeld im Goltshaus. Es ging dort sehr lustig zu und Herr Bankier Schulze besah die kleine Zechen mit 1500 Mark. Man vermutet, daß er sich in Südamerika befindet.

Weimar, 9. Jan. (Ein Scheinwetter), der wahrhaftig bei dem Einzugserlösen für die Eichen des großherzoglichen Baars Anwendung finden soll, wurde gestern abend dem Hoftheater ausprobiert. Ein heller Blitzensturm über die Stadt hin und herleitete besonders den Schloßturm hell, so daß die Ziffer der Turmuhr erkennbar waren.

× Jena, 9. Jan. (Ereu im Dienst.) Der Hausmann Hugo Sandburg trat vor 40 Jahren in die Kaiserpost ein und feierte heute sein 40jähriges Berufsjubiläum. Er hat sich in dieser Zeit durch Treue, Fleiß und Gewissenhaftigkeit die Liebe und Anerkennung seiner drei Ehefrauen erworben. Des heutigen Tages gedachten der Chef sowie sämtliche Angestellte der Kaiserpost, indem sie dem Jubilär eine kleine Freude durch Ueberreichung verschiedener Geschenke bereiteten.

× Weita a. S., 10. Jan. (Die rege Bautätigkeit.) Die sich seit einigen Jahren in unserer Gegend in erfreulicher Weise entwickelt, gibt jetzt der Stadterhaltung Vorrang, auch

überherrscht diese Weiterentwicklung zu unterliegen. In der Gewerkschaft wurde beschlossen, auf der Fall einen Bausturm zu errichten, ferner bis am Waldesaum der Fall gelegenen Gärten zu veräußern, um ein neues, um hier die Errichtung einer Wiesenkolonie zu fördern. Die Stadterhaltung der Projekte wird einen Aufwand von 100.000 Mark erfordern. Im Fall soll ferner ein neues Rathaus erbaut werden.

× Gled, 11. Jan. (Selbstmord auf den Sämen.) Das 19jährige Dienstmädchen Anna Seibing, in Nordhausen in Stellung, wurde gestern oberhalb des Kupferhammers abends vom leichten Fernenwege überfahren. Die Beine wurden der Unglücklichen vom Körper getrennt. Pfeilstiche lebten noch an den Sämen. Das arme Mädchen starb bald darauf. Es wird Selbstmord angenommen, wenn auch der Grund zu der schrecklichen Tat noch nicht bekannt ist.

Schlei, 9. Jan. (Ein Richter verurteilt) für das Jürlertum Neuj. 2. ist gegen Ende v. J. nach dem Vorbilde anderer Richter und Staatsanwälte des Jürlertums beigetreten und, wie sich dem Deutschen Richterbund angeschlossen. Zum Vorsitzenden ist Landesgerichtspräsident Geh. Justizrat Dr. Hagen gewählt worden.

× Ansbach, 9. Jan. (Pensionsberechtigt.) Den Angestellten des künftigen Hofes ist vom Fürsten eine Neubesetzung bereit worden, indem er allen seit 10 Jahren im künftigen Dienste stehenden Pensionsberechtigten am 1. Januar verleiht. Dadurch, daß auch die Mitglieder der künftigen Hofkapelle in diese Verfügung mit einbezogen sind, gewinnt der Entschluß des Fürsten auch eine Bedeutung für die Förderung der Kunst; erhebt doch jetzt der Fortbestand der Hofkapelle als gesichert.

× Goslar, 9. Jan. (Die Wasserreinigung) wird eine gute Lösung erfahren. Die hiesigen Kollegen haben vor einiger Zeit beschlossen, die im Schleifsteinwerke gelegene, der Gewerkschaft Neue Kirche gehörige Grube Alexandra anzukaufen. Es ist dafür ein Kaufpreis von 13.000 Mark an die Gewerkschaft bezahlt worden. Der Betrieb der Ergrube ist bekanntlich als unrentabel vor einigen Jahren eingestellt worden. Durch den Abbau in der Grube ist nicht nur eine große Quelle erschlossen, sondern auch ein großes natürliches Wasserreservoir geschaffen worden, das damals schon von der Gewerkschaft der Goslarer Wasserreinigung Goslar angeboten worden war. Das hier zur Verfügung stehende Wasser wird jedenfalls den Bedarf bei der Anlage von Wasserleitungs liefern.

× Dem Einsele, 9. Jan. (Auf eigentümliche Weise verunglückte) der Landwirt Josef Hahn in Struth. Auf der Fahrt nach Wilsungen scheute sein Pferd. Der Hund Hahn fiel dabei vom Wagen und wurde überfahren. Der Landwirt eilte dem Tiere zu Hilfe, wurde aber von dem Tiere dermaßen in die Hand geissen, daß die Schenkel der inzwischen verendeten Hundes gemaltam aufgetrieben werden mußte. Der Verletzte mußte sich einer Operation unterziehen.

Dresden, 9. Jan. (Der neue Ehren-Chormeister.) Zum Ehren-Chormeister der Dresdener Liebertal wurde deren früherer Dirigent, der Komponist Reinhold Weder, aus Anlaß seines 50jährigen Mitgliedsjubiläum ernannt.

Vermischtes.

Der „drängelnde Moritz“. Ein originelles Gesicht hat der Kaiser dem Chef seines Militärkabinetts General v. Z. n. d. r. zugehen lassen. Der General hatte während der letzten Kaiser-Manöver dem Monarchen eine wichtige Meldung zu machen. Als er im Hauptquartier eintraf, war dieser gerade im Begriff wegzugehen. Unter letzte seine Hand auf den Hals des Fiebers, um den Kaiser am Begreifen zu hindern und ihm sein Anliegen zu sagen. In diesem Augenblicke erfasste ein Windstoß den Mantel des Generals und baute ihn wie eine Krinoline auf. Der Kaiser mußte über den komischen Anblick, den der Chef des Militärkabinetts machte, herzlich lachen und meinte: „Du Moritz, was drängen Sie denn wieder?“ Diese Scene hatte ein Photograph auf der Warte festgehalten und der Kaiser einen Abzug eingesehen. Kaiser Wilhelm gestel das Bild so gut, daß er eine Vergrößerung anfertigen ließ, die er Herrn von Z. n. d. r. eigenhändig unterstiftet: „Der drängelnde Moritz“ überlieferte.

Schredentat eines Wahnkranken. Ueber die Schredentat eines Wahnkranken wird aus Wernig-Bour-Neuf berichtet: Der verheiratete, 36jährige Vorzeilkammer Postler benutzte die Abwesenheit seiner Frau dazu, um sich auf schändliche Weise zu erheben. Er setzte sich vierjähriges Kind auf einen Stuhl und forderte es auf, recht gut aufzupassen. Dann deßer er sich am ganzen Körper mit Petroleum und zündete dieses an. Troßdem auf die Hilferufe der Kleinen sofort Rauchbar herbeilief, gelang es nur noch, die verlorhene Reife des Unglücklichen zu bergen.

Tobenszug eines herrenzerstörten Herrens. Aus Agier wird berichtet: Der berühmte Herrenschauspieler D. D. i. a. n. G. a. l. l. er hier zu Besuch weil, littige beim Spazierritt von seinem Pferde und brach dabei den Schädel. Der herrenzerstörte Gelehrte ist seinen Verletzungen sofort erlegen.

Unvorsichtige Schüler. In Langendorf bei Bochum hatten Schulkinder eine Dynamitpatrone gefunden. Der schuldige Schüler Raab drückte die Patrone durch den Schlag mit einer Jange zur Explosion, wodurch dem Schüler die rechte Hand abgerissen wurde. Der Knabe mußte schwer verlegt in das Krankenhaus geschafft werden.

Vom Leoparden gefressen. Im Hubertus-Museum zu New York spielte sich ein entsetzlicher Unfall ab. Die junge Tierbändigerin Kuffel wurde von einem Leoparden, der schon während der Vorbereitung ein eigenartiges Betragen gezeigt hatte, plötzlich angegriffen und so entsetzlich von der Wunde verletzt, daß an ihrem Aufkommen zweifelhaft war. Einem herbeigeeilten Angestellten gelang es erst nach langer Zeit, das Tier von seinem Opfer zu verschleppen. Unter den Zuschauern entstand eine fürchterliche Panik.

Bergreifen. In Darmstadt bei Frankfurt nahm ein Stallknecht verächtlich zur Fütterung Schafstallener Ratt Viehslaf, lag 18 Tage vergiftet wurden. Ein Teil der Tiere ist eingegangen.

Das Gehändnis des Gismithers. Der Gezeite des französischen S. H. J. Regts. Georges Faraco, der seine Kameraden der dritten Eskadron zu verfließen verurteilt, hat, nachdem er zwei Monate harterhaft gelehnet hat, jetzt ein unmissendes Gehändnis abgelegt. Er bekannte sich als den Urheber der Vergiftungsperiode und wiederholte sein Gehändnis in einem Briefe an seine Eltern und den Obersten des Regiments. Dieser Brief wurde vor der dritten Eskadron verlesen. Faraco schreibt darin: Ich wollte die Vergiftungsperiode, die in Oesterreich verübt wurden und deren Urheber noch immer nicht gefunden ist, nachahmen, um mich des Soldaten Thomas zu entledigen. Ich habe mich deshalb Jankaus an der Apotheke meines Vaters verschafft und es in die Speise der Soldaten gegeben, ohne daran zu denken, daß ich dadurch auch den Tod anderer Soldaten, die davon niedrigen würden, verursachen könnte.

